

Bundeselternrat
Albert-Buchmann-Straße 15
16515 Oranienburg
Postanschrift:
Postfach 10 01 21
16501 Oranienburg

Telefon: 03301 – 57 55 37/38
Telefax: 03301 - 57 55 39

E-Mail: Bundeselternrat@gmx.de
Bundeselternrat@lo-net.de

**Resolution der Fachtagung der Ausschüsse für Sonderschulen und berufsbildende
Schulen im Bundeselternrat in Bielefeld vom 22. bis 24. April 2005
zum Thema:
Der Übergang von der Sonderschule ins Berufsleben, Praktika, Werkstufen
und berufliche Integration**

Die zweite PISA-Studie hat gezeigt, dass es im deutschen Bildungssystem nach wie vor eine hohe Selektion gibt. Mehr Schülerinnen und Schüler als in den meisten anderen Staaten müssen ihre Schullaufbahn in Sonderschulen beenden. Damit haben sie auf dem Arbeitsmarkt, der immer höhere Anforderungen stellt, kaum eine Chance.

Um ihnen trotzdem einen beruflichen Einstieg und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, sind diese Jugendlichen im besonderen Maße auf das Berufsleben vorzubereiten. Die besonderen Bedürfnisse der Förderschüler müssen beachtet werden, damit sie in berufsbildende Einrichtungen integriert werden können.

Am 15.10.2004 wurde eine Rahmenvereinbarung zwischen der Kultusministerkonferenz und der Bundesagentur für Arbeit unterzeichnet, um die Zusammenarbeit von Schule und Berufsberatung zu stärken.

In der angespannten Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt ist der Übergang von der Schule in den Beruf und die bedarfsgerechte Ausgestaltung der Förderangebote der Länder in Abstimmung mit der Bundesagentur für Arbeit besonders wichtig für Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss sowie benachteiligte Jugendliche.

Die Fachausschüsse für Sonderschulen und Berufsbildende Schulen des Bundeselternrates fordern:

- Die Umsetzung der Rahmenvereinbarung und die Vernetzung der Zuständigkeiten unter Berücksichtigung des SGB IX in allen Ländern
- Beginn der Berufswahlvorbereitung bereits im Primarbereich in Abstimmung auf die individuellen Bedürfnisse jedes Kindes
- Ganzheitliche Vernetzung aller Bildungsbereiche sowie verlässliche Förderpläne beginnend im Bereich der frühkindlichen Bildung
- Regelmäßige Informationen an die Eltern über die Berufswahlmöglichkeiten ihrer Kinder
- Sicherstellung der Beratung und Mitwirkung aller an der Ausbildung Beteiligten, insbesondere der Wirtschaft
- Ressourcenorientierte, individuelle und ganzheitliche Bildung und die entsprechende Weiterbildung der Pädagogen

- Verbindliche Verankerung der fachkundigen Reha - Berater in der Agentur für Arbeit als Ansprechpartner;
Berufsberatung kann keine Aufgabe ausschließlich für Lehrer sein
- Rücknahme der Mittelkürzungen im Reha – Bereich durch die Bundesagentur für Arbeit

Der Bundeselternrat sieht die derzeitige Politik der Mittelkürzungen als Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen und von Behinderung Bedrohter. Dies ist ein klarer Verstoß gegen das Grundgesetz und das Gleichstellungsgesetz.

Die Fachausschüsse des Bundeselternrates fordern ein Gespräch des Vorstandes und der Ausschussvorsitzenden mit der Bundesagentur für Arbeit zur Problematik benachteiligter Jugendlicher.

Bielefeld, 24. April 2005
Fachausschuss für Sonderschulen
Fachausschuss für Berufsbildende Schulen